
Wismar, 25. September 2014

Bürgerschaftssitzung am 25.09.2014

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
zum Antrag VO/2014/1008 Benutzungs-und Entgeltordnung Alte Reithalle
der CDU-Fraktion**

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Satz 2 der Ziffer 2 des Antrages wird gestrichen.

Begründung:

Um die ergebnisoffene Entwicklung einer Benutzungs- und Entgeltordnung zu ermöglichen, sollten nicht von vornherein Einschränkungen bei der Nutzungsdauer und Veranstaltungsende gemacht werden.

Kerstin Adam
Fraktionsvorsitzende

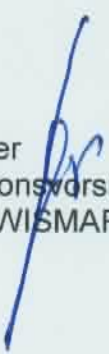
25.09.2014

**Änderungsantrag zur Vorlage VO/2014/1008 in der Bürgerschaft am
25.09.2014**

Die Beschlussvorlage VO/2014/1008 wird wie folgt geändert:

Hinter Nr. 2 des Beschlussvorschlages wird der Satz angefügt:

„Ferner sollen Ermäßigungstatbestände für Vereine, Verbände und Sozialeinrichtungen in Höhe der Hälfte des Normalentgeltes in der Entgeltordnung berücksichtigt werden.“



Werner
Fraktionsvorsitzender
FÜR-WISMAR-Fraktion

Vorlage

Nr.:

VO/2014/0970

Federführend:
FÜR-WISMAR-Fraktion

Status: öffentlich

Datum: 15.08.2014

Beteiligt:

Verfasser: FÜR-WISMAR-Fraktion

Verpachtung des Weinberges

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	28.08.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Das gastronomische Konzept des Weinberges ist unter Einbeziehung externen Sachverständes zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.

Begründung:

Die bisherigen Bemühungen, den Weinberg zu verpachten, sind ohne den gewünschten Erfolg geblieben.

Offensichtlich ist der gastronomische Betrieb in der von der Stadtverwaltung angedachten Form nicht durchführbar.

Da stellt sich schon die Frage, warum im Rahmen der konzeptionellen Planung dieser Gaststätte nicht externer Sachverstand hinzu gezogen worden ist.

Um dieses nun nachzuholen und das Betreiber-Konzept dahin gehend zu verändern, dass eine Verpachtung möglich wird, ist das bisherige Konzept durch Gastronomie-Planer zu bewerten und entsprechend zu ändern.

Anlage/n:

-keine

Michael Werner
Fraktionsvorsitzender

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)

AMTSINFORMATIONSSYSTEM

Auszug - Verpachtung des Weinberges

Sitzung:	Sitzung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar		
TOP:	Ö 13.4		
Gremium:	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Beschlussart:	Verweisung in einen Ausschuss
Datum:	Do, 28.08.2014	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:00 - 19:51	Anlass:	Sitzung
Raum:	Raum 123, Bürgerschaftssaal im Rathaus		
Ort:	Am Markt 1, 23966 Wismar		
Vorlage:	VO/2014/0970 Verpachtung des Weinberges		
Status:	öffentlich	Vorlage-Art:	Fraktionsantrag
Verfasser:	FÜR-WISMAR-Fraktion		
Federführend:	FÜR-WISMAR-Fraktion	Bearbeiter/-in:	FÜR-WISMAR-Fraktion, Fraktion

Beschlussvorschlag:

Das gastronomische Konzept des Weinberges ist unter Einbeziehung externen Sachverständes zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern.

Begründung: Herr Werner

Wortmeldungen: Herr Dr. Zielenkiewitz, Senator, Herr Wellmann

Herr Ballentin, CDU-Fraktion, stellt den Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss.

Wortmeldung: Herr Werner

Der Bürgermeister, Herr Beyer, gibt den Hinweis, zu den Neuregelungen der Ausschüsse entsprechend der Hauptsatzung und den neu verteilten Aufgaben der Ausschüsse.

Herr Ballentin, CDU-Fraktion, ändert seinen Antrag auf Verweisung in den Finanzausschuss zu Verweisung in den Verwaltungsausschuss.

Herr Domke, Fraktion FDP/GRÜNE, stellt den Antrag, die Vorlage in den Finanzausschuss und in den Verwaltungsausschuss zu verweisen.

Wortmeldungen: Herr Ballentin; Herr Manthey; Bürgermeister, Herr Beyer

Der Präsident der Bürgerschaft, Herr Gundlack, erläutert das Prozedere zur Abstimmung. Es gibt keinen Widerspruch seitens der Mitglieder der Bürgerschaft.

Es erfolgt die Abstimmung über die Verweisung der Vorlage VO/2014/0970 in den Finanzausschuss und den Verwaltungsausschuss.

– beschlossen

Auskünfte / Anfrage gem. KV M-V

Nr.:

BA/2014/0965

Federführend:
10 AMT FÜR ZENTRALE DIENSTE

Status: öffentlich

Datum: 13.08.14

Beteiligt:

Verfasser: Wellmann, Andreas

**Anwendung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar in
den Ausschüssen der Bürgerschaft der Hansestadt Wismar; Zulässigkeit der
Durchführung einer Bürgerfragestunde**

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich		Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Anfrage / Antwort / Bericht

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Präsident der Bürgerschaft,

in den ersten Sitzungen der Ausschüsse der Bürgerschaft nach deren Neuwahl wurde die Frage aufgeworfen, ob aufgrund der in § 5 der Geschäftsordnung der Bürgerschaft vorgesehenen Geltung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft auch in den Ausschüssen eine Einwohnerfragestunde durchzuführen sei bzw. durchgeführt werden könne.

Hierzu wird auf Folgendes hingewiesen:

Rechtsgrundlage für die Durchführung der Einwohnerfragestunde ist § 17 Abs. 1 der Kommunalverfassung M-V. Darin ist vorgesehen, dass die Gemeindevertretung eine solche Möglichkeit einräumen soll. Weiterhin sieht § 17 Abs. 3 der Kommunalverfassung M-V vor, dass das Nähere dazu durch die Hauptsatzung zu regeln ist.

Die Hauptsatzung der Hansestadt Wismar regelt dazu in § 3, dass vor Beginn des öffentlichen Teils einer Bürgerschaftssitzung eine Einwohnerfragestunde durchgeführt wird. Ferner werden dort die Einzelheiten für die Durchführung der Einwohnerfragestunde geregelt. Demnach hat die Hansestadt Wismar mit der vorgenannten Hauptsatzung auf der Grundlage des § 17 Abs. 1, Abs. 3 der Kommunalverfassung M-V die Durchführung der Einwohnerfragestunde abschließend geregelt. Dementsprechend ist die Durchführung einer Einwohnerfragestunde auf dieser Grundlage in den Ausschüssen nicht möglich.

Auch wenn, wie durch den Unterzeichner mit Schreiben vom 16.06.2014 mitgeteilt wurde, die Geschäftsordnung der Bürgerschaft für die Sitzung der Ausschüsse gilt, kann daraus nicht abgeleitet werden, dass die Verpflichtung zur Durchführung einer Bürgerfragestunde besteht. Vielmehr ist die Geschäftsordnung hier entsprechend (im Rahmen der Hauptsatzung) anzuwenden.

Weiterhin wird hinsichtlich der Regelungen in der Kommunalverfassung M-V darauf hingewiesen, dass der Gesetzgeber hier auch kein Erfordernis für die Durchführung solcher Einwohnerfragestunden in den Ausschüssen sieht. Vielmehr ist dem § 35 Abs. 5 und dem § 36 Abs. 5 der Kommunalverfassung M-V zu entnehmen, dass für die Ausschüsse gerade die Regelung zur Durchführung einer Einwohnerfragestunde (§ 17 Abs. 1 und 3 der Kommunalverfassung M-V) nicht entsprechend anzuwenden ist.



Der Bürgermeister

(Diese Anfrage/Antwort wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)

GESCHÄFTSORDNUNG DER BÜRGERSCHAFT DER HANSESTADT WISMAR

§ 1 Präsident der Bürgerschaft

- (1) Die Bürgerschaft wählt aus ihrer Mitte unter Leitung des ältesten Mitglieds der Bürgerschaft den Präsidenten¹ und danach unter Leitung des Präsidenten aus der Mitte der Bürgerschaft zwei Personen, die den Präsidenten im Verhinderungsfall vertreten².
- (2) Sowohl der Präsident als auch die zwei Personen zur Vertretung werden nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl³ gewählt.
- (3) Das älteste Bürgerschaftsmitglied verpflichtet die gewählte Person nach der Wahl durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten und übergibt ihr die Leitung der Sitzung⁴.
- (4) Der Präsident vertritt die Bürgerschaft⁵, leitet die Sitzungen der Bürgerschaft, sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung und übt das Hausrecht aus⁶.

§ 2 Beisitzer

- (1) Zur Unterstützung des Präsidenten in den Sitzungen bestellt die Bürgerschaft zwei Personen als Beisitzer sowie weitere zwei Personen als deren Stellvertretung. Es finden die Grundsätze der Mehrheitswahl Anwendung.
- (2) Die Beisitzer führen die Rednerliste und zählen die Stimmen bei Wahlen und Abstimmungen, sofern dies nach § 25 dieser Geschäftsordnung erforderlich ist.

§ 3 Fraktionen

- (1) Die Bürgerschaftsmitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen oder bestehenden Fraktionen mit deren Zustimmung beitreten⁷.
- (2) Sowohl die Bildung einer Fraktion als auch jegliche Veränderungen in der Fraktionsmitgliedschaft sind dem Präsidenten der Bürgerschaft von dem Fraktionsvorstand der betroffenen Fraktion bzw. dem betroffenen Bürgerschaftsmitglied unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- (3) Die Mindestzahl der Mitglieder einer Fraktion beträgt drei⁸.

§ 4 Präsidium

Zur Unterstützung des Präsidenten der Bürgerschaft wird ein Präsidium gebildet. Näheres hierzu ist in der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar in der jeweils gültigen Fassung geregelt.

¹ gemäß § 28 II 1 KV M-V

² gemäß § 28 Abs. 5 KV M-V; § 4 Abs. 4 Hauptsatzung

³ gemäß § 32 Abs. 1 KV M-V; § 4 Abs. 4 Hauptsatzung

⁴ gemäß § 28 Abs. 2 Satz 2 KV M-V

⁵ gemäß § 28 Abs. 4 Satz 1

⁶ gemäß § 29 Abs. 1 Satz 5 KV M-V

⁷ gemäß § 23 Abs. 5 Satz 1 KV M-V

⁸ gemäß § 23 Abs. 5 Satz 2 KV M-V

§ 5 Ausschüsse

- (1) Für die Bildung, Zusammensetzung und Aufgaben der Ausschüsse gilt die Hauptsatzung der Hansestadt Wismar in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft gilt, sofern in den nachfolgenden Absätzen nicht etwas Abweichendes geregelt ist, sinngemäß für die Sitzungen der ständigen und zeitweiligen Ausschüsse. Die Ausschüsse können sich im Rahmen der Hauptsatzung und dieser Geschäftsordnung eine eigene Geschäftsordnung geben.
- (3) Ausschüsse sind vom Vorsitzenden einzuberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal im Vierteljahr.
- (4) Bürgerschaftsmitglieder, die nicht Mitglied des Ausschusses sind, können an den Sitzungen der Ausschüsse teilnehmen⁹. Die Ausschüsse können beschließen, Sachkundige sowie Einwohner, die von dem Gegenstand der Beratungen betroffen werden, anzuhören.
- (5) Protokolle über Ausschusssitzungen sind allen Mitgliedern des Ausschusses, dem Präsidenten der Bürgerschaft sowie dem Bürgermeister innerhalb von 10 Tagen nach einer Sitzung zuzuleiten.
- (6) Die Möglichkeit gemeinsamer Ausschusssitzungen von zwei oder mehr Ausschüssen zu gemeinsamen Beratungsgegenständen ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Regelungen zu gewährleisten.

§ 6 Einberufung der Bürgerschaft

- (1) Die Bürgerschaft tritt innerhalb von sechs Wochen nach der Kommunalwahl zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen¹⁰. Die Einberufung erfolgt durch den bisherigen Präsidenten¹¹.
- (2) Die Bürgerschaft ist vom Präsidenten einzuberufen¹². Sie tagt grundsätzlich einmal im Monat und so oft es die Geschäftslage erfordert.
- (3) Die Bürgerschaft muss unverzüglich einberufen werden, wenn es ein Viertel aller Bürgerschaftsmitglieder, eine Fraktion oder der Bürgermeister unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragt¹³.

§ 7 Tagesordnung

- (1) Der Präsident setzt im Benehmen mit dem Bürgermeister die Tagesordnung fest¹⁴.
- (2) Die Tagesordnung muss über die anstehenden Beratungspunkte hinreichend Aufschluss geben. Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nicht enthalten sein. Soweit Beratungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden sollen, sind sie in der Tagesordnung als nicht öffentliche Punkte zu bezeichnen. Sie sind so zu umschreiben, dass dadurch die Nichtöffentlichkeit gewahrt bleibt¹⁵.

⁹ gemäß § 35 Abs. 4 Satz 1, § 36 Abs. 6 Satz 1 KV M-V

¹⁰ gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

¹¹ gemäß § 28 Abs. 1 Satz 2 KV M-V

¹² gemäß § 29 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

¹³ gemäß § 29 Abs. 2 Satz 3 KV M-V

¹⁴ gemäß § 29 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

¹⁵ gemäß § 29 Abs. 6 Satz 2 KV M-V

- (3) Die Tagesordnung, der Ort und die Zeit der Sitzung sind rechtzeitig vor der Sitzung öffentlich bekannt zu machen¹⁶. Bei der öffentlichen Bekanntmachung ist auch darauf hinzuweisen, dass im Falle einer Vertagung der Sitzung die Fortsetzung dieser Sitzung am darauf folgenden Donnerstag in der Regel um 17.00 Uhr am selben Ort erfolgt.
- (4) In der Woche, in der eine Sitzung der Bürgerschaft stattfindet, sind Tagesordnungen mit den in öffentlicher Sitzung zu behandelnden Vorlagen im Büro der Bürgerschaft während der Dienststunden und am Sitzungstag bis eine Stunde vor Sitzungsbeginn zur Einsichtnahme auszulegen.
Das Büro der Bürgerschaft kann den Zuhörern auf der Tribüne Anträge der Fraktionen durch Auslegen mehrerer Exemplare (bis zu 10 Stück) zugänglich machen.
- (5) Der Präsident muss eine Angelegenheit auf die Tagesordnung setzen, wenn es der Bürgermeister oder ein Bürgerschaftsmitglied beantragt¹⁷.

§ 8 Sitzungseinberufung

- (1) Die Sitzungen der Bürgerschaft finden in der Regel im Bürgerschaftssaal des Rathauses statt. Als Sitzungstag wird in der Regel der letzte Donnerstag eines Monats festgelegt.
- (2) Der Präsident setzt Ort, Tag und Stunde der Sitzung fest und beruft die Sitzungen der Bürgerschaft elektronisch unter Mitteilung der Tagesordnung ein¹⁸. Jedes Bürgerschaftsmitglied kann abweichend hiervon verlangen, seine Einladungen schriftlich statt elektronisch zu erhalten¹⁹.
- (3) Die Sitzungen der Bürgerschaft beginnen in der Regel um 17.00 Uhr. Das Ende der Sitzungen wird auf 22.00 Uhr begrenzt, sofern keine dringenden oder nur einzelne Angelegenheiten noch auf der Tagesordnung stehen, die lediglich eine geringfügige zeitliche Überschreitung bzw. Verlängerung der Sitzung bedeuten würden. Wird die Verlängerung der Sitzung nach 22.00 Uhr unter Angabe der Dauer der Verlängerung im Sinne von § 19 Absatz 2 Nr. 11 dieser Geschäftsordnung beantragt, entscheidet darüber die Bürgerschaft mit der Mehrheit der anwesenden Bürgerschaftsmitglieder.
- (4) Der Präsident hat den Bürgerschaftsmitgliedern mit der Sitzungseinberufung nach Absatz 2 zugleich die eingereichten Unterlagen für die Sitzung zu übermitteln. Die Einberufungsfrist für die ordentliche Sitzung beträgt sieben Tage, für Dringlichkeitssitzungen drei Tage²⁰. Die Dringlichkeit ist in der Einberufung zu begründen.

§ 9 Sitzungsablauf

- (1) Die Sitzungen der Bürgerschaft sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:
 - 1. Einwohnerfragestunde
 - 2. Eröffnung der Sitzung
 - 3. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

¹⁶ gemäß § 29 Abs. 6 Satz 1 KV M-V

¹⁷ gemäß § 29 Abs. 1 Satz 3 KV M-V

¹⁸ gemäß § 29 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

¹⁹ gemäß § 29 Abs. 1 Satz 2 KV M-V

²⁰ gemäß § 29 Abs. 3 Satz 2 KV M-V

4. Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
 5. Mitteilung über das Nachrücken eines neuen Bürgerschaftsmitgliedes und Verpflichtung desselben
 6. personelle Veränderungen in den Ausschüssen
 7. Änderungsanträge zur Tagesordnung
 8. Protokoll über die vorhergehende Sitzung der Bürgerschaft
 9. Mitteilungen des Präsidenten
 10. Mitteilungen des Bürgermeisters
 11. Genehmigung von Entscheidungen des Hauptausschusses oder des Bürgermeisters über dringende Angelegenheiten
 12. Vorlagen des Bürgermeisters
 13. Anträge der Fraktionen/ Bürgerschaftsmitglieder
 14. Anfragen der Fraktionen/ Bürgerschaftsmitglieder
 15. Vorlagen, Anträge und Anfragen in nicht öffentlicher Sitzung
 16. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
 17. Schließen der Sitzung
- (2) Die Sitzordnung der Fraktionen legt der Präsident nach Beratung mit dem Präsidium fest. Ist die Sitzordnung festgelegt, soll sie ohne wichtigen Grund nicht geändert werden.

§ 10 Teilnahme an den Sitzungen

- (1) Bürgerschaftsmitglieder, die aus wichtigem Grund an einer Sitzung nicht teilnehmen können, verspätet kommen oder eine Sitzung vorzeitig verlassen müssen, haben dies dem Präsidenten mitzuteilen.
- (2) Der Bürgermeister nimmt an den Sitzungen der Bürgerschaft teil. Er ist jederzeit berechtigt und auf Antrag eines Viertels aller Bürgerschaftsmitglieder oder einer Fraktion verpflichtet, zu einem Tagesordnungspunkt Stellung zu nehmen²¹.
- (3) Absatz 2 gilt entsprechend für den Senator, der Beigeordneter ist, in Angelegenheiten seines Geschäftsbereiches²².
- (4) Die Bürgerschaft kann beschließen, dass zu einzelnen Tagesordnungspunkten Gäste und Sachverständige hinzugezogen werden²³.
- (5) An der nicht öffentlichen Sitzung nehmen außer den Bürgerschaftsmitgliedern, dem Bürgermeister, den Senatoren, dem Pressesprecher, der jeweiligen Amtsleitung/einem Mitarbeiter des in der Angelegenheit beteiligten Amtes, der Amtsleitung des Amtes für Zentrale Dienste/einem Mitarbeiter der Abteilung Recht und Vergabe (Volljurist) und der Amtsleitung/einem Mitarbeiter des Amtes für Finanzverwaltung sowie den Protokollführern nur solche Personen teil, deren Teilnahme auf Antrag des Bürgermeisters oder eines Bürgerschaftsmitgliedes zuvor beschlossen wurde. Sachkundige Einwohner sind befugt, an nicht öffentlichen Sitzungen der Bürgerschaft insoweit teilzunehmen, als dort Angelegenheiten behandelt werden, mit denen sich der Ausschuss, in dem der betreffende sachkundige Einwohner Mitglied ist, bereits befasst hat.

²¹ gemäß § 29 Abs. 7 Satz 1 und 2 KV M-V

²² gemäß § 29 Abs. 7 Satz 3 KV M-V

²³ gemäß § 29 Abs. 5 Satz 2 KV M-V

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Sitzungen der Bürgerschaft sind nach Maßgabe des § 6 der Hauptsatzung öffentlich.
- (2) Vor Beginn jeder Sitzung findet für Einwohner eine Fragestunde statt. Näheres regelt § 3 der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar.
- (3) Über die in § 6 Absatz 2 der Hauptsatzung genannten Fälle hinaus hat die Bürgerschaft den Ausschluss der Öffentlichkeit auf Antrag zu beschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern²⁴. Antragsberechtigt sind die Bürgerschaftsmitglieder, Fraktionen und der Bürgermeister. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und mit der Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder entschieden²⁵.
- (4) Die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind im Anschluss an den nicht öffentlichen Teil der Sitzung öffentlich bekannt zu geben²⁶.
- (5) Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Bürgerschaft sind der Öffentlichkeit zugänglich zu machen²⁷. Das Büro der Bürgerschaft stellt die durch die Bürgerschaft bestätigten Protokolle nach § 32 dieser Geschäftsordnung zu diesem Zweck innerhalb von vier Wochen nach einer Sitzung in das Ratsinformationssystem ein, das über die Seite www.wismar.de im Internet zu erreichen ist.

§ 12 Pressevertreter

- (1) Vertreter der örtlichen Medien werden zu den öffentlichen Sitzungen eingeladen. Die Einladung enthält Ort, Tag und Stunde der Sitzung und die Tagesordnung. Ihr sind die Abschriften der Vorlagen für die Angelegenheiten, die in öffentlicher Sitzung behandelt werden sollen, beizufügen.
- (2) Den Pressevertretern stehen die für sie bereitgehaltenen Plätze im Bürgerschaftssaal zur Verfügung.
- (3) In öffentlichen Sitzungen der Bürgerschaft sind Film- und Tonaufnahmen durch die Medien zulässig, soweit dem nicht ein Viertel aller Bürgerschaftsmitglieder in geheimer Abstimmung widerspricht²⁸. Die Medien haben die Absicht der Fertigung von Film- und Tonaufnahmen vor Beginn der Sitzung beim Präsidenten anzuzeigen, damit die Bürgerschaft darüber informiert werden kann. Ohne die vorherige Information sind Film- und Tonaufnahmen nicht zulässig und untersagt.

§ 13 Reihenfolge der Beratung

- (1) Der Präsident kann im Benehmen mit dem Bürgermeister die Reihenfolge der Angelegenheiten in der Tagesordnung ändern, wenn kein Bürgerschaftsmitglied widerspricht. Andernfalls beschließt die Bürgerschaft über seinen Vorschlag.
- (2) Auf Antrag eines Viertels der anwesenden Bürgerschaftsmitglieder oder einer Fraktion ist in die Beratung eines Berichtes oder einer Mitteilung des Präsidenten oder des Bürgermeisters einzutreten.

²⁴ gemäß § 29 Abs. 5 Satz 2 KV M-V

²⁵ Gemäß § 29 Abs. 5 Satz 4 KV M-V

²⁶ gemäß § 31 Abs. 3 KV M-V

²⁷ gemäß § 29 Abs. 8 Satz 2 KV M-V

²⁸ gemäß § 29 Abs. 5 Satz 5 KV M-V

- (3) Der Bürgermeister, die Fraktionen und die Bürgerschaftsmitglieder können eigene Vorlagen bzw. selbst gestellte Anträge jederzeit zurücknehmen. Der Tagesordnungspunkt bleibt von einer solchen Rücknahme unberührt, soweit nicht dessen Absetzung gemäß § 19 Absatz 2 Nr. 2 dieser Geschäftsordnung beantragt und beschlossen wird.

§ 14 Vorlagen und Anträge

- (1) Vorlagen des Bürgermeisters müssen die zu beschließende Angelegenheit sachgerecht bezeichnen (Gegenstand), einen genau formulierten Beschlussvorschlag enthalten und sind schriftlich zu begründen. Sie werden durch den Bürgermeister oder durch einen von ihm beauftragten Senator vertreten. Der Bürgermeister kann auch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung hiermit beauftragen.
- (2) Anträge von Fraktionen oder Bürgerschaftsmitgliedern sind schriftlich in kurzer und klarer Form abzufassen. Sie müssen die zu beschließende Angelegenheit sachgerecht bezeichnen (Gegenstand) und einen genau formulierten Beschlussvorschlag enthalten. Eine Begründung soll vorhanden sein. Ein Mitglied der Fraktion bzw. das Bürgerschaftsmitglied, das den Antrag eingereicht hat, erhält zu Beginn der Beratung das Wort zum Antrag; ihm steht auch das Schlusswort zu.
- (3) Anträge, durch die der Stadt Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen²⁹.
- (4) Vorlagen und Anträge, die die Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes verzögern oder diesem entgegenstehen, müssen unter Benennung der berührten Maßnahme des Haushaltssicherungskonzeptes zusätzliche neue Maßnahmen benennen, die die entstehenden Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen vollständig kompensieren. Dabei ist die Eignung der Maßnahmen darzustellen³⁰.
- (5) In den Beschlussvorlagen und Anträgen sind personenbezogene Angaben nur dann aufzunehmen, wenn sie für die Vorbereitung der Sitzung und die Entscheidung erforderlich sind.
- (6) Vorlagen und Anträge müssen schriftlich oder elektronisch bis zum 10. Tag vor der jeweiligen Sitzung der Bürgerschaft um 12.00 Uhr im Büro der Bürgerschaft eingegangen sein.
- (7) Änderungs- und Ergänzungsanträge können bis zum Schluss der Beratung einer Angelegenheit, auf die sie sich beziehen, gestellt werden. Sie sind dem Präsidenten schriftlich vorzulegen oder zum Sitzungsprotokoll zu erklären.

§ 15 Dringlichkeitsvorlagen und -anträge

- (1) Die Mehrheit aller Mitglieder der Bürgerschaft kann die Erweiterung der Tagesordnung beschließen, wenn es sich um eine Angelegenheit handelt, die wegen besonderer Dringlichkeit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung duldet³¹.
- (2) Vorlagen und Anträge mit begründeter Dringlichkeit können ohne Wahrung einer Einreichungsfrist jederzeit, auch noch während der Sitzung, eingereicht werden.

²⁹ gemäß § 31 Abs. 2 Satz 2 KV M-V

³⁰ gemäß § 31 Abs. 2 Satz 3 KV M-V

³¹ gemäß § 29 Abs. 4 KV M-V

- (3) Bei Dringlichkeitsvorlagen und -anträgen muss die Begründung der Dringlichkeit der Angelegenheit bereits in der Vorlage bzw. im Antrag selbst enthalten sein.
- (4) Der Präsident reiht die Dringlichkeitsvorlagen und -anträge in die Tagesordnung ein. Widerspricht dem ein Bürgerschaftsmitglied, so beschließt die Bürgerschaft über die Einordnung.

§ 16 Einwohnerantrag

- (1) Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, dass in der Bürgerschaft eine wichtige Angelegenheit behandelt wird, die zum eigenen Wirkungskreis der Hansestadt Wismar gehört. Dies gilt nicht, wenn innerhalb des letzten Jahres bereits ein zulässiger Antrag gleichen Inhalts behandelt wurde³².
- (2) Der Einwohnerantrag muss schriftlich an den Präsidenten der Bürgerschaft gestellt werden und eine Begründung enthalten. Er muss von mindestens 2.000 Einwohnern im Sinne von Absatz 1 unterzeichnet sein. Über die Zulässigkeit des Antrages entscheidet die Bürgerschaft³³.
- (3) Zulässige Anträge hat die Bürgerschaft unverzüglich zu behandeln³⁴.

§ 17 Anfragen

- (1) In der Tagesordnung ist stets der Punkt „Anfragen“ vorzusehen. Zu diesem Punkt können Bürgerschaftsmitglieder nach Maßgabe des § 4 Absatz 5 der Hauptsatzung Anfragen an den Bürgermeister richten.
- (2) Jedes Bürgerschaftsmitglied kann bei wichtigen Angelegenheiten der Hansestadt Wismar vor oder in der Bürgerschaftssitzung eine „Aktuelle Fragestunde“ schriftlich oder mündlich zum Sitzungsprotokoll beantragen. Der Präsident hat zu Beginn der Sitzung oder vor dem nächsten Tagesordnungspunkt darüber abstimmen zu lassen. Bei einfacher Mehrheit wird die „Aktuelle Fragestunde“ am Anfang oder vor dem nächsten Tagesordnungspunkt durchgeführt. Die Dauer ist auf 30 Minuten beschränkt. Durch Mehrheitsbeschluss kann sie verlängert oder abgebrochen werden.

§ 18 Worterteilung

- (1) Der Präsident erteilt das Wort in der von den Beisitzern festgestellten Reihenfolge der Wortmeldungen. Ein Bürgerschaftsmitglied kann seinen Platz in der Rednerliste einem anderen übertragen.
- (2) Will der Präsident selbst zur Sache sprechen, so gibt er den Vorsitz zuvor an seine Verhinderungsververtretung ab.
- (3) Dem Bürgermeister ist jederzeit auf Verlangen das Wort zu erteilen³⁵. Für den Senator, der auch Beigeordneter ist, gilt dies in Angelegenheiten seines Geschäftsbereiches entsprechend³⁶.

³² gemäß § 18 Abs.1 KV M-V

³³ gemäß § 18 Abs. 2 KV M-V

³⁴ gemäß § 18 Abs. 3 KV M-V

³⁵ gemäß § 29 Abs. 7 Satz 2 KV M-V

³⁶ gemäß § 29 Abs. 7 Satz 3 KV M-V

- (4) Die Bürgerschaftsmitglieder sollen ihre Ausführungen mit Ausnahme von formulierten Erklärungen in freier Rede vortragen.
- (5) Ist eine Angelegenheit durch Beschluss erledigt, so darf einem Bürgerschaftsmitglied das Wort dazu in derselben Sitzung nicht mehr erteilt werden, es sei denn, es handelt sich um eine persönliche Erklärung im Sinne von § 20 dieser Geschäftsordnung hierzu.

§ 19 Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Zur Stellung eines Antrages zur Geschäftsordnung muss das Wort jederzeit, jedoch nicht während einer Rede, gegeben werden. Der Antrag darf sich nur auf das Verfahren der Behandlung des in der Beratung befindlichen Tagesordnungspunktes beziehen. Die Stellung des Antrages ist durch das Anheben beider Hände anzukündigen.
- (2) Zu den Anträgen gehören insbesondere:
 - 1. Antrag auf Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte,
 - 2. Antrag auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes,
 - 3. Antrag auf Vertagung eines Tagesordnungspunktes,
 - 4. Antrag auf Verweisung eines Tagesordnungspunktes in einen Ausschuss,
 - 5. Antrag auf Übergang zur Tagesordnung,
 - 6. Antrag auf Schluss der Beratung,
 - 7. Antrag auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - 8. Antrag auf namentliche Abstimmung,
 - 9. Sonstige Anträge zum Abstimmungsverlauf,
 - 10. Antrag auf geheime Wahl,
 - 11. Antrag auf Verlängerung für die Zeit nach 22.00 Uhr,
 - 12. Antrag auf Fertigung eines wörtlichen Protokolls,
 - 13. Antrag auf Ausschluss der Fertigung von Film- und Tonaufnahmen durch die Medien.
- (3) Sind mehrere Anträge zur Geschäftsordnung gestellt, so wird zuerst über den Antrag abgestimmt, welcher der Weiterbehandlung der Angelegenheit am meisten widerspricht.
- (4) Im Falle eines Antrages auf Absetzung eines Tagesordnungspunktes nach Absatz 2 Nr. 2 ist vor der Beschlussfassung darüber
 - 1. der einreichenden Person, welche die Behandlung der Angelegenheit begehrte, ausreichend Gelegenheit zur Begründung seines Antrags zu geben³⁷ sowie
 - 2. je einem Vertreter für und gegen die Absetzung das Wort zu erteilen.

Der Beschluss bedarf der Mehrheit der anwesenden Bürgerschaftsmitglieder.

- (5) Wird während der Beratung einer Angelegenheit der Antrag auf Vertagung eines Tagesordnungspunktes nach Absatz 2 Nr. 3 gestellt, so stellt der Präsident, bevor er über den Antrag abstimmen lässt, fest, welche Wortmeldungen noch vorliegen. Anschließend ist entsprechend Absatz 4 zu verfahren.
- (6) Wird ein Antrag auf Schluss der Beratung nach Absatz 2 Nr. 6 gestellt, so stellt der Präsident, bevor er über den Antrag abstimmen lässt, fest, welche Wortmeldungen noch vorliegen.

³⁷

gemäß § 29 Abs. 1 Satz 4 KV M-V

Wird der Antrag mehrheitlich beschlossen, muss er

1. der einreichenden Person, welche die Behandlung der Angelegenheit beehrte, Gelegenheit zur Äußerung geben sowie
 2. je einem Vertreter für und gegen die Angelegenheit das Wort erteilen.
- (7) Die Beschlussfassung über einen Antrag nach Absatz 2 Nr. 12 ist nur statthaft, wenn der Redner zuvor seine Zustimmung hierzu erklärt hat.

§ 20 Persönliche Erklärungen

Persönliche Erklärungen sind erst nach Schluss der Beratung eines Tagesordnungspunktes oder, falls sich die Bürgerschaft vertagt, am Schluss der Sitzung zulässig. Sie dürfen nur eigene Ausführungen richtig stellen und persönliche Angriffe abwehren, die während der Beratung gegen den Redner erfolgt sind.

§ 21 Mitwirkungsverbot³⁸

- (1) Die Bürgerschaftsmitglieder dürfen weder beratend noch entscheidend mitwirken oder sonst tätig werden,
1. wenn die Entscheidung ihnen selbst oder ihren Angehörigen im Sinne von § 20 Absatz 5 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann,
 2. wenn sie zu dem Beratungsgegenstand in anderer als öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben haben,
 3. wenn sie eine natürliche oder juristische Person oder eine Vereinigung vertreten, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann oder
 4. wenn sie Mitarbeiter einer Aufsichtsbehörde sind und der Beratungsgegenstand einen unmittelbaren Bezug zu ihrem dienstlichen Aufgabenbereich besitzt.
- (2) Die Mitwirkungsverbote des Absatzes 1 gelten nicht,
1. wenn der Vorteil oder der Nachteil nur darauf beruht, dass jemand einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden,
 2. bei Wahlen sowie bei Abberufungen, und
 3. wenn die Vertretung der natürlichen oder juristischen Person oder Vereinigung auf Vorschlag der Hansestadt Wismar ausgeübt wird.
- (3) Wer annehmen muss, nach Absatz 1 von der Mitwirkung ausgeschlossen zu sein, hat den Ausschlussgrund unaufgefordert dem Präsidenten anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen; bei einer öffentlichen Sitzung kann er sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Ob ein Ausschlussgrund

³⁸

gemäß § 24 KV M-V

vorliegt, entscheidet in Zweifelsfällen die Bürgerschaft in nichtöffentlicher Sitzung nach Anhörung des Betroffenen unter Ausschluss seiner Person.

- (4) Eine Entscheidung, die unter Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot zustande kommt oder bei der ein Bürgerschaftsmitglied ungerechtfertigt ausgeschlossen wird, ist unwirksam. Ein ungerechtfertigter Ausschluss eines Bürgerschaftsmitglieds ist von Anfang an unbeachtlich, wenn dieses der Entscheidung nachträglich zustimmt.
- (5) Ein Verstoß gegen das Mitwirkungsverbot oder ein ungerechtfertigter Ausschluss eines Bürgerschaftsmitglieds kann nach Ablauf eines Jahres nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn, dass der Verstoß oder der ungerechtfertigte Ausschluss innerhalb dieser Frist schriftlich unter Bezeichnung der Tatsache, aus der sich der Verstoß oder der ungerechtfertigte Ausschluss ergibt, gegenüber der Hansestadt Wismar geltend gemacht wird. Die Jahresfrist beginnt am Tag nach der Beschlussfassung oder, sofern eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist, am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung.

§ 22 Beschlussfähigkeit

- (1) Die Bürgerschaft ist beschlussfähig, wenn alle Bürgerschaftsmitglieder ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte aller Bürgerschaftsmitglieder zur Sitzung anwesend ist³⁹. Der Präsident stellt die Beschlussfähigkeit zu Beginn der Sitzung fest⁴⁰. Die Bürgerschaft gilt danach als beschlussfähig, bis der Präsident die Beschlussunfähigkeit von sich aus oder auf Antrag eines Bürgerschaftsmitglieds feststellt⁴¹.
- (2) Der Präsident muss die Beschlussunfähigkeit feststellen, wenn weniger als ein Drittel aller Bürgerschaftsmitglieder anwesend ist⁴².
- (3) Ergibt sich, dass die Bürgerschaft beschlussunfähig ist, schließt der Präsident die Sitzung oder setzt sie auf kurze Zeit aus, bis die Beschlussfähigkeit hergestellt ist.

§ 23 Ablauf der Abstimmung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung (§ 19 dieser Geschäftsordnung) gehen Sachanträgen (§ 14 dieser Geschäftsordnung) vor. Sind mehrere Anträge zur Geschäftsordnung gestellt, so wird zuerst über den Antrag abgestimmt, welcher der Weiterbehandlung der Angelegenheit oder des Sachantrages am meisten widerspricht.
- (2) Ein Antrag auf Absetzung eines Punktes von der Tagesordnung oder Vertagung eines Tagesordnungspunktes wird vor einem Antrag auf Verweisung eines Punktes in einen Ausschuss und vor allen Sachanträgen zur Abstimmung gebracht.
- (3) Bei Änderungs- und Ergänzungsanträgen ist zunächst über den Änderungs- und Ergänzungsantrag abzustimmen. Liegen mehrere Änderungs- und Ergänzungsanträge vor, so wird zuerst über denjenigen Antrag abgestimmt, der am meisten von dem ursprünglichen Antrag abweicht. In Zweifelsfällen entscheidet hierüber der Präsident. Bei Vorlagen und Anträgen mit finanzieller Auswirkung wird zuerst über den Antrag abgestimmt, der mehr Aufwendungen bzw. Auszahlungen erfordert oder weniger Erträge bzw. Einzahlungen bringt.

³⁹ gemäß § 30 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

⁴⁰ gemäß § 30 Abs. 1 Satz 3 KV M-V

⁴¹ gemäß § 30 Abs. 1 Satz 4 KV M-V

⁴² gemäß § 30 Abs. 1 Satz 6 KV M-V

§ 24 Abstimmungsgegenstand

- (1) Nach Abschluss der Beratung eröffnet der Präsident die Abstimmung. Er verliest grundsätzlich den gestellten Antrag erneut und formuliert die Abstimmungsfrage dazu dergestalt, dass sie sich mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten lässt. Ein erneutes Verlesen des gestellten Antrages ist nicht erforderlich, wenn dieser schriftlich vorliegt, auf dessen Inhalt verwiesen bzw. Bezug genommen wird und dieser unverändert zur Abstimmung gelangt.
- (2) Über die Fassung des Antrags oder der Abstimmungsfrage und deren Reihenfolge kann das Wort zur Geschäftsordnung verlangt werden. Bei einem Widerspruch gegen die vorgeschlagene Fassung entscheidet die Bürgerschaft.

§ 25 Abstimmungsvorgang

- (1) Beschlüsse der Bürgerschaft werden, soweit nicht das Gesetz etwas anderes vorsieht, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Bürgerschaftsmitglieder in offener Abstimmung gefasst. Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen sind unbeachtlich. Sieht das Gesetz einen Anteil aller Bürgerschaftsmitglieder vor, so berechnet sich dieser nach der gesetzlichen Zahl der Bürgerschaftsmitglieder, vermindert um die in der laufenden Wahlperiode außer durch eine Ergänzungswahl nicht wieder besetzbaren Mandate. Für Personalentscheidungen, die keine Wahlen sind, gilt: Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das durch den Präsidenten zu ziehen ist. Soweit nur ein Kandidat zur Wahl steht, ist dieser gewählt, wenn er mehr Ja- als Nein-Stimmen erhält⁴³.
- (2) Es wird offen abgestimmt, in der Regel durch Handzeichen. Zunächst ist festzustellen, wer dem Antrag zustimmt. Hält der Präsident nach Rücksprache mit seinen Beisitzern das Ergebnis für zweifelhaft, so macht der Präsident die Gegenprobe, indem er feststellt, wer den Antrag ablehnt und – soweit erforderlich – ferner feststellt, wer sich der Stimme enthält. Das Ergebnis der Zählung ist im Protokoll festzuhalten. Wird das Abstimmungsergebnis angezweifelt, muss die Abstimmung vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes wiederholt werden.
- (3) Eine namentliche Abstimmung muss stattfinden, wenn sie vor Beginn der Abstimmung von mindestens einem Viertel aller Bürgerschaftsmitglieder oder einer Fraktion verlangt wird⁴⁴. Sie erfolgt durch Namensaufruf.
- (4) Eine Abstimmung erfolgt nur über solche Anträge, die zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich schriftlich vorliegen oder mündlich zum Sitzungsprotokoll erklärt werden⁴⁵.
- (5) Zu Abstimmungen in der Bürgerschaft ruft der Präsident auf.

§ 26 Wahlen

- (1) Gewählt wird grundsätzlich durch Handzeichen. Auf Antrag eines Bürgerschaftsmitgliedes wird geheim gewählt⁴⁶.

⁴³ gemäß § 31 Abs. 1 KV M-V

⁴⁴ gemäß § 31 Abs. 2 Satz 5 KV M-V

⁴⁵ gemäß § 31 Abs. 2 Satz 1 KV M-V

⁴⁶ gemäß § 32 Abs. 1 Satz 1 KV M-V

- (2) Stehen zwei oder mehr Bewerber zur Wahl, ist, soweit keine andere gesetzliche Regelung etwas anderes bestimmt, gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Das Los ist durch den Präsidenten zu ziehen⁴⁷.
- (3) Die Bürgerschaft kann eine von ihr gewählte Person aus ihrer Funktion abberufen. Der Abberufungsbeschluss bedarf der Stimmenmehrheit aller Bürgerschaftsmitglieder. Absatz 1 gilt entsprechend⁴⁸.
- (4) Erfolgt die Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, wird das Verhältnis zwischen den Fraktionen bzw. Zählgemeinschaften dadurch ermittelt, dass die Anzahl der Stimmen für den Wahlvorschlag der jeweiligen Fraktion bzw. Zählgemeinschaft nacheinander durch 1, 2, 3, 4, 5 usw. geteilt wird. Die Sitzverteilung erfolgt nach den so ermittelten Höchstzahlen. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, das durch den Präsidenten zu ziehen ist.

§ 27 Ruf zur Sache

Der Präsident kann jeden Redner unterbrechen, um ihn auf die Geschäftsordnung aufmerksam zu machen oder ihn zur Sache zu rufen, wenn er von der zur Beratung stehenden Angelegenheit abschweift oder sich in Wiederholungen ergeht.

§ 28 Ruf zur Ordnung, Entziehung des Wortes und Ausschluss aus Sitzungen

- (1) Der Präsident kann ein Bürgerschaftsmitglied bei grober Ungebühr oder Verstoß gegen das Gesetz oder diese Geschäftsordnung zur Ordnung rufen. Nach dreimaligem Ordnungsruf kann er es von der Sitzung ausschließen. Der Ordnungsruf und der Anlass hierzu dürfen von nachfolgenden Rednern nicht behandelt werden.
- (2) Ist ein Redner während einer Rede dreimal zur Sache oder zur Ordnung gerufen worden, ist ihm vom Präsidenten das Wort zu entziehen und der Präsident darf es ihm in derselben Aussprache zum selben Verhandlungsgegenstand nicht wieder erteilen.
- (3) Der Betroffene kann gegen den Ordnungsruf, die Entziehung des Wortes und den Ausschluss von der Sitzung innerhalb von einer Woche beim Präsidenten schriftlich eine zu begründende Gegenvorstellung einreichen. In diesem Fall nimmt der Präsident die Gegenvorstellung auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung der Bürgerschaft im nichtöffentlichen Teil und lässt darüber abstimmen, ob die Maßnahme gerechtfertigt war.

§ 29 Unterbrechung und Aufhebung der Sitzung

Der Präsident kann die Sitzung kurzfristig bis zu 30 Minuten unterbrechen. Auf Antrag einer Fraktion, eines Viertels der Mitglieder der Bürgerschaft oder des Bürgermeisters hat er die Sitzung bis zu 30 Minuten zu unterbrechen. Der Antrag auf Unterbrechung kann mit dem Antrag auf die Durchführung einer Präsidiumssitzung verbunden werden, dem zu entsprechen ist. Über längere Unterbrechungen und die Aufhebung der Sitzung entscheidet die Bürgerschaft.

⁴⁷ gemäß § 32 Abs. 1 Satz 2 und 3 KV M-V
⁴⁸ gemäß § 32 Abs. 3 KV M-V

§ 30 Räumung des Zuhörerraumes

Der Präsident übt das Hausrecht für die Zeit der Sitzung im Sitzungssaal aus und kann einzelne Zuhörer, die den Gang der Verhandlung stören, nach vorheriger Ermahnung aus dem Sitzungssaal entfernen und bei störender Unruhe den Zuhörerraum räumen lassen. Dabei ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten.

§ 31 Protokoll

- (1) Über jede Sitzung der Bürgerschaft ist ein Protokoll zu fertigen und in Abschrift allen Mitgliedern zuzuleiten. Es ist vom Präsidenten bzw. seiner Verhinderungsvertretung, einem Beisitzer und der Protokollführung zu unterzeichnen.
- (2) Das Protokoll muss enthalten:
 1. den Ort und Tag der Sitzung,
 2. den Beginn und das Ende der Sitzung,
 3. die Namen von anwesenden und fehlenden Bürgerschaftsmitgliedern,
 4. Angaben über die Dauer der Anwesenheit (Uhrzeit und Tagesordnungspunkt) derjenigen Bürgerschaftsmitglieder, die nicht während der gesamten Sitzung anwesend waren,
 5. ggf. die Namen der geladenen Sachverständigen und Gäste,
 6. die Tagesordnung,
 7. den Wortlaut der Anträge und Beschlüsse,
 8. die Namen der Redner,
 9. die Ergebnisse der Abstimmungen und Wahlen,
 10. ggf. die Rufe zur Sache oder zur Ordnung und die Ausschlüsse von der Sitzung,
 11. den Ausschluss und die Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 12. den Antrag auf ein wörtliches Protokoll (inkl. der Einwilligung/Nichteinwilligung des Redners).

§ 32 Feststellung des Protokolls

- (1) Das Protokoll soll bis zur nächsten Sitzung vorgelegt werden.
- (2) Über das Protokoll ist in der darauf folgenden Sitzung der Bürgerschaft zu beschließen; über Einwendungen und Änderungen ist abzustimmen.

§ 33 Tonaufnahme

- (1) Zur Unterstützung der Protokollführung wird über den Verlauf der Bürgerschaftssitzung eine Tonaufnahme gefertigt.
- (2) Die Bürgerschaftsmitglieder sowie der Bürgermeister und die Senatoren sind berechtigt, die Tonaufnahme in den Räumen des Büros der Bürgerschaft zu hören.
- (3) Die Tonaufnahme ist nach der Feststellung des Protokolls in der nächsten Sitzung unverzüglich zu vernichten.

§ 34 Unterrichtung der Bürgerschaft

- (1) Die Protokolle über die Sitzungen der Ausschüsse liegen im Büro der Bürgerschaft zur Einsicht für die Bürgerschaftsmitglieder aus. Die seit der letzten Bürgerschaftssitzung vorliegenden Protokolle über die Sitzungen der Ausschüsse liegen während der Bürgerschaftssitzung aus. Über deren Inhalt ist Verschwiegenheit zu wahren, soweit die Voraussetzungen des § 23 Absatz 6 KV M-V vorliegen.
- (2) Sitzungseinberufungen, Tagesordnungen, Beschlussvorlagen, Anträge, Sitzungsprotokolle und schriftliche Mitteilungen des Bürgermeisters sind den Mitgliedern der Bürgerschaft zusätzlich über das Ratsinformationssystem bereitzustellen.
- (3) Die Bürgerschaft ist vom Bürgermeister über alle wesentlichen Angelegenheiten der Verwaltung zu unterrichten. Er unterrichtet die Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die Entscheidungen, die er nach § 22 Absätze 4 und 5 KV M-V getroffen hat⁴⁹. Die diesbezüglichen Wertgrenzen sind in der Hauptsatzung der Hansestadt Wismar in der jeweils gültigen Fassung festgelegt.
- (4) Der Bürgermeister und der Senator, der Beigeordneter ist, sind verpflichtet, der Bürgerschaft auf Antrag eines Viertels aller Bürgerschaftsmitglieder oder einer Fraktion Auskunft zu erteilen⁵⁰. Die Auskunft ist in angemessener Frist, grundsätzlich bis zur nächsten ordentlichen Bürgerschaftssitzung zu erteilen.
- (5) In Einzelfällen ist auf Antrag jedem Bürgerschaftsmitglied Akteneinsicht zu gewähren, soweit dem nicht schutzwürdige Belange Betroffener oder Dritter oder zu schützende Interessen des Landes oder Bundes entgegenstehen. Entsprechendes gilt für Vorsitzende eines Ausschusses⁵¹.

§ 35 Datenschutz

- (1) Die Mitglieder der Bürgerschaft und der Ausschüsse, die im Rahmen der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Zugang zu vertraulichen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten, haben bzw. von ihnen Kenntnis erlangen, dürfen solche Daten nur zu dem jeweiligen der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung dienenden Zweck verarbeiten oder offenbaren. Personenbezogene Daten sind Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse einer natürlichen Person. Hierzu zählen auch Daten, die alleine oder in Kombination mit anderen Daten eine Zuordnung zu einer bestimmaren natürlichen Person ermöglichen. Vertrauliche Unterlagen sind alle Schriftstücke, automatisierte Dateien und sonstige Datenträger, die als solche gekennzeichnet sind oder personenbezogene Daten enthalten. Hierzu zählen auch mit vertraulichen Unterlagen in Zusammenhang stehende handschriftliche oder andere Notizen.
- (2) Eine Weitergabe von vertraulichen Unterlagen oder Mitteilungen über den Inhalt an Dritte, ausgenommen im erforderlichen Umfang bei Verhinderung an die Stellvertretung, ist nicht zulässig. Dieses gilt auch gegenüber Mitgliedern der eigenen Partei bzw. Fraktion, die nicht aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der Bürgerschaft oder dem jeweiligen Ausschuss Zugang zu den vertraulichen Unterlagen erhalten. Vertrauliche Unterlagen sind zu vernichten, wenn diese für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden. Bei vertraulichen Beschlussunterlagen einschließlich aller damit in Zusammenhang

⁴⁹ gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 und 2 KV M-V

⁵⁰ gemäß § 34 Abs. 2 KV M-V

⁵¹ gemäß § 34 Abs. 4 KV M-V

stehenden Unterlagen ist dies regelmäßig anzunehmen, wenn das Protokoll über die Sitzung, in der der jeweilige Tagesordnungspunkt abschließend behandelt wurde, genehmigt ist. Alle weiteren Unterlagen sind spätestens zehn Jahre nach Abschluss der Beratungen, bei einem Ausscheiden aus der Bürgerschaft oder einem Ausschuss sofort, zu vernichten.

§ 36 Sprachformen

Für die verwandten Sprachformen gilt § 173 KV M-V entsprechend. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen in der männlichen Sprachform gelten gleichwohl für Frauen in der weiblichen Sprachform.

§ 37 Änderung der Geschäftsordnung

Die Bürgerschaft kann die Geschäftsordnung durch Beschluss mit einfacher Mehrheit ändern, sofern die Änderung nicht gegen höherrangiges Recht verstößt.

§ 38 In-Kraft-Treten

- (1) Die Geschäftsordnung tritt am 25.04.2014 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 24.09.2009 außer Kraft.

gez.
Dr. Gerd Zielenkiewitz
Präsident der Bürgerschaft



An die Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

29. September 2014

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich erlaube mir, Sie zur Sitzung des Verwaltungsausschusses mit dem Finanzausschuss (Wahlperiode 2014-2019) am

Montag, 06.10.2014, 18:00 Uhr.

in Raum 28, Am Markt 1, 23966 Wismar, einzuladen.

Tagesordnung :

öffentlicher Teil :

- | | | |
|---|---|---------------------|
| 1 | Begrüßung durch den Vorsitzenden | |
| 2 | Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Bestätigung der Tagesordnung | |
| 4 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.08.2014 | |
| 5 | Benutzungs- und Entgeltordnung Alte Reithalle - Antrag der CDU-Fraktion
<i>Wird gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten.</i> | VO/2014/1008 |

nichtöffentlicher Teil :

- | | | |
|---|--|---------------------|
| 6 | Verpachtung des Weinberges - Antrag der FÜR-WISMAR-Fraktion
<i>Wird gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten.</i> | VO/2014/0970 |
| 7 | Erwerb einer Grundstücksfläche im Bereich des Gebietes Lübsche Burg Ost von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum Zwecke der Entwicklung des Bereiches zur Bebauung
- Grundsatzbeschluss -
<i>Wird gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten.</i> | VO/2014/1017 |

- | | | |
|---|--|---------------------|
| 8 | Übertragung von Grundstücken der Hansestadt Wismar auf die Wohnungsbaugesellschaft mbH der Hansestadt Wismar im Zuge der Beendigung des Verwaltervertrages zum 31.12.2014
<i>Wird gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten.</i> | VO/2014/0974 |
| 9 | Verkauf des Grundstückes Am Weißen Stein 24 (ehemals Erbbaurecht QEG), Flurstück 4785/7 zur Größe von 4.851 qm, B-Plan Nr. 10/91, "Gewerbegebiet Dargetzow" an die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wismar mbH
<i>Ab TOP 9 tagt der Verwaltungsausschuss allein.</i> | VO/2014/1014 |

ö f f e n t l i c h e r T e i l :

- | | |
|----|--|
| 10 | Anwendung der Geschäftsordnung der Bürgerschaft der HWI in den Ausschüssen |
| 11 | Sonstiges |

Bis einschließlich zum TOP 8 werden die Tagesordnungspunkte gemeinsam mit dem Finanzausschuss beraten. Ab TOP 9 wird der Finanzausschuss den Sitzungsraum R 28 verlassen.

Mit freundlichen Grüßen

Meinhard Schönbohm
Ausschussvorsitzender

Vorlage

Nr.:

VO/2014/1008

Federführend:
CDU-Fraktion

Status: öffentlich

Datum: 15.09.2014

Beteiligt:

Verfasser: CDU-Fraktion

Benutzungs- und Entgeltordnung Alte Reithalle

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium	Zuständigkeit
Öffentlich	25.09.2014	Bürgerschaft der Hansestadt Wismar	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird gebeten, einen Bericht anzufertigen, der Auskunft über die Grundlagen und bisherigen Modalitäten bei der Vermietung der Alten Reithalle erteilt.
2. Der Bürgermeister wird ferner gebeten, eine Benutzungs- und Entgeltordnung für die Alte Reithalle zu entwickeln, die Rahmenbedingungen für Veranstaltungen enthält. Dabei ist zu prüfen, ob das Veranstaltungsende auf 02.00 Uhr festgelegt werden kann und ob einmal im Quartal eine Nutzungsdauer bis 06.00 Uhr Berücksichtigung finden kann.

Begründung:

Ein Bericht an die Bürgerschaft ist von Nöten, da es keinerlei gesicherte und konkludente Erkenntnisse gibt, auf welcher Grundlage die Vermietungen bisher abgeschlossen wurden.

Um die Attraktivität der Alten Reithalle auszubauen und gleichzeitig Handlungs- und Rechtssicherheit zu schaffen ist die Aufstellung einer Benutzungs- und Entgeltordnung von hoher Bedeutung. Bisher stehen für potenzielle Veranstalter kaum Informationen bzgl. Kosten und Möglichkeiten öffentlich, z. B. auf der Homepage der Hansestadt Wismar, zur Einsicht.

Die bereits existente Benutzungsordnung für den Festplatz Lübsche Burg schließt die Alte Reithalle nicht ein, könnte aber ähnlich wie die Benutzungs- und Entgeltordnung für die Raumbenutzung Rathaus/Zeughaus als Grundlage dienen.

Anlage/n:

- keine

Siegfried Ballentin
Fraktionsvorsitzender

(Diese Vorlage wurde maschinell erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.)